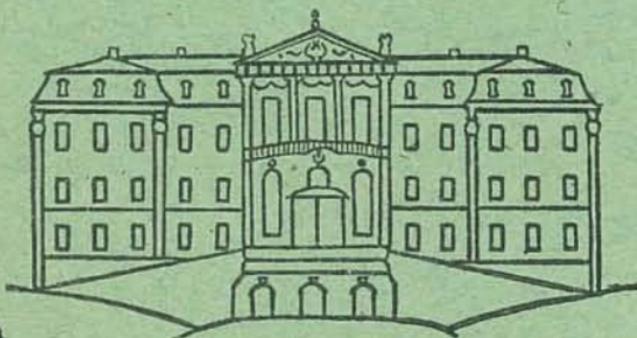


Hefte aus Burgscheidungen

Wolfgang Heyl

# Christen im Engagement - heute und morgen



200

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Hefte aus Burgscheidungen

---

Wolfgang Heyl

**Christen im Engagement -  
heute und morgen**

1976

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

I

Christen bewähren sich als sozialistische Staatsbürger.

Diese Formulierung, so allgemein sie ist, enthält eine anspruchsvolle Aussage über die gesellschaftliche Position christlicher Bürger unseres Landes. Sie ist zugleich eine Aufforderung zu noch aktiverem, noch bewußterem Handeln.

Christen bewähren sich als sozialistische Staatsbürger in ihrer Wirksamkeit für Frieden und Fortschritt in der Welt.

Wie ist es nun um diese Welt bestellt?

Es ist keine einheitliche Welt. Es ist noch keine Welt des Friedens, und der Fortschritt hat noch nicht überall gesiegt. Aber es ist eine Welt, in der Friede und Fortschritt zunehmend Erfolge aufzuweisen haben.

Dies wird deutlich, wenn man beispielsweise daran denkt, daß die Überreste des Kolonialismus fast völlig geschmolzen sind, daß die Aggression der USA in Südostasien endgültig scheiterte, daß die Schlußakte von Helsinki gute Voraussetzungen für den Frieden in Europa gebracht hat, daß Verträge die Gefahr eines Kernwaffenkrieges und die strategischen Rüstungen einschränken, daß Staaten unterschiedlichen sozialen Gefüges Bedeutsames über ihre Zusammenarbeit vereinbart haben.

Doch in Chile wurde der Weg des Volkes in die Freiheit von imperialistischen Kräften brutal gestoppt. In Portugal und Spanien zeigt sich, welche langwierige, komplizierte, zwischen Fortschritt und Reaktion pendelnde Entwicklung sich bei der Liquidierung des Faschismus und dem Bau einer neuen Ordnung ergeben kann. In manchen afrikanischen Ländern wird deutlich, daß Aufhebung des Kolonialstatus nicht zugleich auch Freiheit von imperialistischen Einflüssen bedeuten muß. Im Nahen Osten ist die Gefahr neuer bewaffneter Konflikte noch keineswegs gebannt.

Doch wenn man die positiven und negativen Posten in der Bilanz der Weltentwicklung nicht zählt, sondern wägt, dann

zeigt sie eindeutig: Der Friede ist sicherer geworden. Der Sozialismus hat weiteren Einfluß errungen.

Für unser Thema heißt das: Christen, die den Sozialismus stärken, die sich daran beteiligen, seinen Einfluß in der Welt zu vergrößern, stärken zugleich den Frieden, bewähren sich als sozialistische Staatsbürger.

Wir stimmen voll mit der Aussage Leonid Breshnews auf dem XXV. Parteitag der KPdSU überein, daß sich vor unseren Augen eine Veränderung der Welt zum Besseren vollzieht.

Der Generalsekretär der KPdSU hat den entscheidenden Anteil deutlich gemacht, den die Sowjetunion an dieser Änderung hat. Der Friede wurde sicherer. Das kommt allen friedliebenden Menschen in der Welt zugute. Die Abrechnung des Friedensprogramms des XXIV. Parteitages und seine nun möglich gewordene Erweiterung durch neue Vorschläge zeigen: Friede und internationale Zusammenarbeit, Freiheit und Unabhängigkeit der Staaten, Gleichberechtigung der Völker und Rassen sind im Sozialismus in guten Händen.

Von der sozialistischen Staatengemeinschaft und speziell von der Sowjetunion sind ungezählte Vorschläge, Anregungen und Gedanken ausgegangen, um Schritt für Schritt aus dem Dilemma des kalten Krieges herauszukommen und dem Frieden den Raum zu erweitern.

Insbesondere ist von der Sowjetmacht eben jenes tragende, jenes Schlüsselprinzip erdacht, verkündet und in die internationale politische Praxis eingeführt worden, das lebenswichtige Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Es bildet die Grundlage zu gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit zwischen diesen Staaten. Und es ist die einzige Alternative zum Krieg.

Aus Moskau ist der Vorschlag zu einer Weltabrüstungskonferenz gekommen. Er greift das zur Zeit schwerwiegendste und komplizierteste Problem auf — das der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Ergänzt wird er durch die jüngste sowjetische Initiative zu einem weltweiten Gewaltverzichtsvertrag in den internationalen Beziehungen.

Das sind, ohne jetzt auf alle ihre Aspekte eingehen zu können, natürlich in erster Linie Probleme der internationalen Sicherheit. Wohlausgewogene Abrüstungsschritte sind zur wei-

teren Minderung der Kriegsgefahr unerlässlich. Weltweiter Gewaltverzicht wäre ein Segen für das Aufblühen zwischenstaatlicher Beziehungen.

Wenn man daran denkt, wie viele Konflikte unterschiedlichster Art es heute noch zwischen Staaten gibt, tritt die volle Tragweite einer Regelung zutage, die Gewalt bei der Lösung dieser Konflikte ausschließen würde.

Diese beiden Vorschläge sind jedoch nicht nur ein Beweis für die unermüdlichen Friedensinitiativen der Sowjetunion. Sie zeigen zugleich, daß jeder Schritt auf dem Wege zur Friedenssicherung nicht für sich allein gesehen werden kann, daß er auf früheren Schritten aufbaut und künftige vorbereitet.

Eine Weltabrüstungskonferenz würde einerseits alle die vielen guten Erfahrungen mit bereits geschlossenen Vereinbarungen über Abrüstung oder Rüstungsbegrenzung aufnehmen können. Andererseits könnte sie weltweite, überall und für alle geltende Maßnahmen beschließen. Und der Staat, der sich davon ausschliesse, hätte sich selbst entlarvt.

Ähnlich wäre es mit dem vorgeschlagenen Gewaltverzichtsvertrag in den internationalen Beziehungen.

Einerseits könnte man auf einem so gewichtigen, erfahrungs- und erfolgreichen Vorgang aufbauen wie den Verhandlungen und Ergebnissen der Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit. Sie zeigt: In Europa waren Gewaltverzichtsvereinbarungen möglich. Es konnte ein Konsensus gefunden werden, der allen dient und die Interessen keines Staates schädigt.

Andererseits könnte er den Verzicht auf Gewalt vom territorialen Bereich Europa auf die ganze Welt ausdehnen. Denn die Schlußakte von Helsinki gilt eben, man könnte sagen, leider, nur für Europa.

Wir sollten bedenken, welch großes Guthaben dem Weltfrieden und der Menschlichkeit durch die Verwirklichung dieser Vorschläge hinzugefügt würde.

Abrüstung und Rüstungsbegrenzung würden ja nicht nur den Frieden sicherer machen, sondern auch große Mittel freisetzen, mit denen die materielle Not vieler Menschen insbesondere in den Entwicklungsländern energisch gelindert werden könnte.

Auch Gewaltverzicht wäre ein hervorragendes Mittel, die

Welt friedlicher und menschlicher zu gestalten. Solange Konflikte zwischen Staaten noch nicht ganz auszuschalten sind, würden sie durch eine solche Regelung auf vernünftige Weise ausgetragen werden können.

Dies alles sind Gesichtspunkte, von denen Christen sich nicht nur anrühren lassen sollten. Sie sollten sich vielmehr gerufen sehen, sie durchsetzen zu helfen.

Beides – die Weltabrüstungskonferenz und der Gewaltverzichtsvertrag – werden noch hart erkämpft werden müssen. Doch das durch diese Vorschläge ergänzte Friedensprogramm der UdSSR strahlt realistischen Friedensoptimismus aus.

Diesen Optimismus halten wir auch aufrecht, wenn wir hören, daß der amerikanische Präsident das Wort „Entspannung“ künftig nicht mehr verwende, sondern „eine Friedenspolitik der Stärke“ gegenüber Mächten wie der Sowjetunion wolle.

Wir wissen andererseits, daß es aus Amerika und aus allen westeuropäischen Ländern viele Zeugnisse dafür gibt, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Entspannung begrüßt und wünscht.

In unserem Friedensoptimismus lassen wir uns auch nicht beirren, wenn der NATO-Oberbefehlshaber General Haig es unwidersprochen läßt, daß die amerikanische Zeitschrift „Newsweek“ ein Interview mit ihm durch folgende, wahrhaft ungeheuerliche Feststellung einleitet: „Das Bündnis der NATO und die amerikanische Außenpolitik basieren fest auf dem Gedanken, daß man den Kommunismus in Schach halten muß, sei es durch eine Aggression von außen oder eine Subversion von innen.“

Diese offene Darstellung der NATO als Aggressions- und Subversionsinstrument gegen den Sozialismus sollte man im Auge haben und bedenken, was es in dem Zusammenhang heißt, wenn BRD-Verteidigungsminister Leber die forcierten Rüstungspläne der NATO mit der Behauptung einer „wachsenden Bedrohung durch die Sowjetunion“ zu motivieren sucht. Uns bestärkt das erneut darin, neben der Wirtschaftskraft der sozialistischen Staatengemeinschaft auch die Verteidigungskraft des Warschauer Vertragssystems ständig zu erhöhen.

Daß die Welt sich in den vergangenen Jahren sichtbar zum Besseren verändert hat, ist neben dem Anwachsen der Macht des Sozialismus der Kraft der Volksmassen in allen Ländern

zu verdanken. Sie haben die fortschrittlichen Positionen und ihre Vertreter in den oft schwierigen internationalen Verhandlungen gestärkt und Störungsfaktoren eingeschränkt. Sie haben mit Vorschlägen aufgewartet, um die gute Sache des Friedens voranzubringen, und auch mit Protesten nicht gespart, wo reaktionäre Kreise sie ins Stocken brachten.

Mit vielen anderen Gliedern von Kirchengemeinden in der DDR teilen wir die Freude darüber, daß Vertreter aus dem kirchlichen Raum – etwa zur Weltkonferenz der Friedenskräfte in Moskau und beim Brüsseler Forum der europäischen Öffentlichkeit – solch große Volksinitiativen unterstützen.

Nun wird es darauf ankommen, daß die Volkskräfte, daß alle politischen und gesellschaftlichen Gremien auf der Welt, die den Frieden wollen, sich für die nächsten Friedensziele einsetzen – für Abrüstung und Gewaltverzicht. Hier bietet sich auch kirchlichen Kreisen eine echte Aufgabe. Wir würden uns freuen, wenn die Repräsentanten der Kirchen auch hier wieder dabei wären, erfüllt sich doch damit ein wesentliches Stück christlicher Diesseitsverantwortung.

Wir dürfen sicher sein: Die Änderung der Welt zum Besseren ist heute die Haupttendenz, die bestimmende Tendenz. Denn die Entspannung hat objektive Bedingungen, und diese objektiven Bedingungen bleiben bestehen und werden noch gewichtiger.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen: Das Kräfteverhältnis in der Welt ändert sich im Gleichtakt mit der wachsenden Kraft des Sozialismus weiter zugunsten des Friedens. Der Kampf der Volksmassen um die Erhaltung des Friedens wird ständig stärker und bezieht immer neue Kräfte ein. Die Widersprüche der Interessen des Monopolkapitals verschärfen sich, die Einsichten in das untragbare Risiko eines weltweiten bewaffneten Konflikts aber in diesen Kreisen wachsen auch.

Dies alles, so meine ich, bestätigt und ermutigt Christen in ihrer Bewährung als sozialistische Staatsbürger im Kampf um eine bessere, friedliche Welt.

Bewährung eines Christen als sozialistischer Staatsbürger hat eine ihrer Wurzeln in der Erkenntnis, daß der Sozialismus alle Menschen die Perspektive eines erfüllten Lebens, einer glücklichen Zukunft gibt.

Daß der Sozialismus für alle da ist, bestätigt uns erneut der Programmwurf der SED zum IX. Parteitag.

Alle Menschen — das sind also nicht nur diejenigen, die zur Arbeiterklasse zählen, sondern auch die Angehörigen anderer Klassen und Schichten in unserem Land.

Alle Menschen — das sind also nicht nur die Berufstätigen, sondern auch die Alten und die Kinder, die Schwachen und die Gebrechlichen.

Alle Menschen — das sind also nicht nur die, die sich zur Weltanschauung des Marxismus-Leninismus bekennen, sondern auch wir, deren gesellschaftliches Engagement für den Sozialismus maßgeblich von christlichen Motiven, von christlicher Ethik und Moral geprägt ist.

Mit dem Sozialismus haben wir uns selbst befreit zu friedlicher gemeinnütziger Arbeit, deren Ergebnisse allen zugute kommen, zu Mitmenschlichkeit allen Gliedern der Gesellschaft gegenüber, zu brüderlicher Gemeinschaft mit anderen Völkern.

Gesellschaftliche Werte unserer sozialistischen Ordnung wie Frieden, soziale Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit, Brüderlichkeit gehören zugleich auch zum Inhalt christlicher Ethik und Moral. Sie sind jedem Christen zur Aufgabe gestellt. Sie gehören zu den Punkten, an denen sich Christen- und Bürgerpflicht berühren. Mit großer Aufmerksamkeit, Anteilnahme und Genuß haben wir christlichen Demokraten und mit uns viele parteilose Christen in unserem Land aufgenommen, in welchem Maße die Entwürfe der Dokumente zum IX. Parteitag der SED von solchen gesellschaftlichen Werten getragen sind.

Wir alle beteiligen uns aktiv an der großen Volkssprache, bringen Gedanken und Vorstellungen, Ideen und Vorschläge ein, werden gehört und beachtet. Das betrachten wir als Ausdruck sozialistischer Demokratie. Denn sozialistische Demokratie ist ja auch dies: Daß der, dessen Sache verhandelt wird, mitreden kann, mitreden soll. Und in der Volkssprache geht es ja um unser aller Sache.

Es ist mit Recht viel die Rede von der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie sie im Programmwurf und im Entwurf der Fünfjahrplandirektive zum Ausdruck kommt.

Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik in untrennbarer Einheit durchführen, das heißt, eine solide materielle Basis der Gesellschaft zu errichten — aber nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zur systematischen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen.

In der Hauptaufgabe kommt das zum Ausdruck. Sie fordert einen jeden, dem es um das Wohlergehen der Menschen geht, an seinem Platz zum Einsatz seiner Kräfte für ein hohes Tempo der Entwicklung der Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität. Sie setzt das Ziel, das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes ständig zu erhöhen.

Wir alle sind uns, so glaube ich, einig, daß wir bei der Lösung der Hauptaufgabe in den fünf Jahren seit ihrer Verkündung ein gutes Stück vorangekommen sind. In diesem Zeitraum wurde ein sozialpolitisches Programm verwirklicht, das in der Geschichte der DDR seinesgleichen nicht hat. Dafür nur einige Beispiele:

Für etwa 3,7 Millionen Werktätige wurden Lohnerhöhungen durchgeführt, wurden die unteren Einkommen angehoben. Der Mindesturlaub wurde erhöht. Daß das sozialpolitische Programm aber nicht nur denen zugute kommt, die im Arbeitsprozeß stehen, beweist, daß dieses Programm auch die bisher größte und umfangreichste Rentenerhöhung gebracht hat.

609 000 Wohnungen wurden durch Neu-, Um- und Ausbau bereitgestellt und damit die Wohnverhältnisse für mehr als 1,8 Millionen Bürger verbessert.

Um 28 Prozent stieg seit 1970 der Umsatz im Einzelhandel. In diesem Zusammenhang sollte man bedenken, welche große Rolle für den Lebensstandard es dabei spielt, daß es bei uns keine Preissteigerungen für die Lebenshaltung gibt. Das ist, um das hier einmal zu sagen, eine wirtschaftliche Leistung, deren wahre Größe mancher noch gar nicht erkannt hat. Denn auch unser Land ist von der Preisentwicklung — manche Ökonomen sprechen von einer „Preisexplosion“ — auf dem kapitalistischen Weltmarkt nicht verschont geblieben. Wir müssen für unsere

Einfuhren also erheblich mehr Geld als früher bezahlen. Und es gibt kein Land in Europa, das in solchem Maße auf Rohstoffeinfuhren angewiesen ist wie die DDR. Doch es entspricht dem Charakter unserer Gesellschaftsordnung, dies nicht der Bevölkerung anzulasten. Der ständige Effektivitätszuwachs, der von den Werktätigen gemeinsam erwirtschaftet wurde, kommt auch insofern allen wieder zugute. Wir sehen also, daß der Einsatz für höhere Effektivität unserer Wirtschaft sich für jeden einzelnen direkt lohnt.

Für all dies flossen aus dem gemeinsam von den Werktätigen erarbeiteten Nationaleinkommen 161 Milliarden Mark als gesellschaftliche Fonds an die Gesellschaft zurück. Auch das Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen wird damit finanziert, ebenso Kultur, Sport und Erholung.

Diese „zweite Lohntüte“, wie die gesellschaftlichen Fonds oft genannt werden, bewirkt: Von den 3 Mark, die ein Quadratmeter Wohnfläche in neu-, aus- oder umgebauten Wohnungen pro Monat kostet, trägt der Mieter nur 0,80 Mark bis 1,25 Mark. 26,90 Mark werden für je 100 Mark Nahrungsmittel zugeschossen. 1,37 Mark erhält der Bürger zu jeder Mark hinzu, die er für Beförderungsleistungen ausgibt. 1200 Mark werden pro Jahr für die Ausbildung eines Schülers an der polytechnischen Oberschule aufgewendet, 9800 Mark für einen Hochschulstudenten. Für einen Krippenplatz zahlen die Eltern jährlich 125 Mark. Die tatsächlichen Kosten betragen 2500 Mark. In einem staatlichen Feierabend- oder Pflegeheim bezahlt der Bürger monatlich 90 bis 125 Mark für Unterkunft und Verpflegung. Die tatsächlichen Kosten sind etwa dreimal so hoch.

Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik manifestiert und repräsentiert aber nicht allein materielle, sondern auch ethische Werte.

Erst wo wirtschaftliche Ergebnisse auf soziale Besserstellung, soziale Sicherheit und Geborgenheit aller Glieder des Volkes angelegt sind, erfüllen sich doch Sinn und Würde der Arbeit. Umgekehrt gilt: Wo wirtschaftliche Ergebnisse auf Profit angelegt sind, pervertieren sie Sinn und Würde der Arbeit. Diese Gegensätzlichkeit aber scheidet auch Menschenwürde von Menschenverachtung, Persönlichkeitsformung von Persönlichkeitsverfall, ja zu einem ganz wesentlichen Teil auch Sinn von Sinnlosigkeit des Lebens.

Wer das für übertrieben hält, betrachte die Arbeitslosen in den westlichen Ländern. Dort verweisen selbst keineswegs systemkritische Soziologen auf den erschreckenden Persönlichkeitsverfall, den Arbeitslosigkeit auch dann hervorbringt, wenn eine relative Sicherstellung der äußeren Lebensumstände durch materielle Unterstützung vorhanden ist.

Wenn man nur die registrierten Arbeitslosen in entwickelten kapitalistischen Ländern rechnet, dann sind nach dem Stand von Anfang dieses Jahres 19 Millionen Menschen von diesem Persönlichkeitsverfall bedroht. Besonders hart ist die Jugend betroffen. Für Millionen Jugendliche führt der Weg aus der Schule direkt zur Stempelstelle. Die USA-Zeitschrift „Political Affairs“ erklärt, in diesem Lande wachse „eine erwerbslose Generation heran, wobei sich die Quoten bei schwarzen Jugendlichen bis auf 68 Prozent belaufen.“

Nach christlichem Verständnis, so haben wir gelernt, ist Arbeit Teil des Menschseins. Sie soll gemeinschaftsbildend wirken und dem Nächsten dienen. Sie soll das Mittel sein, mit dem der Mensch sich die Erde untertan macht. Gewiß, dieser Sinn ist ihr in der Ausbeutergesellschaft ohnehin schon weitgehend genommen. Aber arbeiten zu können und nicht arbeiten zu dürfen, in der Empfindung leben zu müssen, von der Gesellschaft nicht benötigt zu werden, ein unnützer Esser zu sein – das verfälscht diesen Sinn zweifellos noch weit mehr. Es schafft eben jenen Verfall der Persönlichkeit.

Wer nun der Wahrheit zustimmt, daß der Sozialismus allen nützt, der kann gerechterweise nicht nur das Ziel wollen. Er wird sich auch den Erfordernissen zur Erreichung dieses Zieles nicht verschließen können.

Unverzichtbar für jeden, der seine Kraft im Interesse der Gesellschaft und im eigenen Interesse für den Sozialismus einsetzen will, ist die Einsicht in die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, wie sie der Marxismus-Leninismus bietet. Er hat sich als die einzige wissenschaftliche, an der Praxis erprobte Konzeption für eine wahrhaft und dauerhaft menschenwürdige Entwicklung der Gesellschaft erwiesen.

Vielleicht ist es manchem Christen, der erfolgreich in Beruf und ehrenamtlicher gesellschaftlicher Arbeit steht, gar nicht bewußt, wie selbstverständlich er dabei die Wissenschaft des

Marxismus-Leninismus anwendet. Einsichten aus der politischen Ökonomie des Sozialismus lenken sein Handeln in der Wirtschaft. Von Grundsätzen der sozialistischen Staatslehre wird sein Handeln in den Volksvertretungen, im Staatsapparat und in anderen Gremien bestimmt.

Anhand der Imperialismus-Analyse des Marxismus-Leninismus hat er Freund und Feind zu unterscheiden gelernt und erkannt, wie Kriege entstehen und wie sie zu verhindern sind.

Das alles beeinflußt sein Verhalten zu unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung und macht sein parteiliches Handeln effektiv und nutzbringend.

Und wenn wir diese Freunde fragen, werden sie uns sagen, daß Kenntnis und Anwendung dieses Instrumentariums des Marxismus-Leninismus keinen Widerspruch zu ihrem christlichen Glauben bedeuten.

Ihre aus der Praxis, aus dem täglichen Leben in unserer Republik gewonnenen Erfahrungen haben sie auch zu der Erkenntnis geführt, daß der Hauptwiderspruch in dieser Welt eben nicht zwischen Marxismus und Christentum besteht, auch wenn dies noch – und jetzt besonders laut – von antikommunistischen Kreisen behauptet wird, sondern daß der Hauptwiderspruch in der Welt der zwischen Sozialismus und Imperialismus ist.

Wir sehen natürlich die atheistische Komponente des Marxismus-Leninismus und damit auch den Widerspruch. Doch dieser Widerspruch hat uns nicht gehindert und wird uns nicht hindern, an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer Partei als ihre Weggefährten eine neue Ordnung mit aufzubauen.

Je tiefer sich uns dabei die sozialen und damit auch die moralischen Grundpositionen der Arbeiterklasse erschließen, desto deutlicher wird uns bewußt, welche wichtige und entscheidende Berührungspunkte, ja Übereinstimmungen es zwischen ethischen Konsequenzen unseres Glaubens und dem Sozialismus gibt.

Frieden und sozialer Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Zukunftsoptimismus unserer Ordnung stehen Krieg und Ausbeutung, Inhumanismus und Pessimismus der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gegenüber. Daran ändert auch nichts, daß sich diese Ausbeutergesellschaft und ihre Ideologie der Religion gegenüber offen gibt. Es geschieht – wie die Geschichte

beweist – doch vornehmlich aus taktischen Gründen und nicht zuletzt, um unseren christlichen Glauben mißbrauchen zu können.

Christen, die den Fortschritt erstrebten, war stets nicht die Herkunft, sondern der Wesensgehalt einer Gedankenwelt für ihr Engagement entscheidend. In der Geschichte gibt es immer wieder Zeugnisse dafür, daß sie fortschrittliche Bewegungen auch dann unterstützt und gefördert haben, wenn sie von Nichtchristen initiiert wurden und, wie etwa die Aufklärung des 18. Jahrhunderts, atheistische Züge trugen. Man braucht nur zu bedenken, daß der Boden für die Aufklärung im damaligen Deutschland von christlichen Persönlichkeiten wie etwa Spener und Francke in Halle maßgeblich mit vorbereitet wurde. Sie wußten von England und Frankreich her sehr wohl um jene Züge. Doch es ging ihnen um die Sache. Und wir wissen, daß sie durch ihr Wirken keineswegs ihr Christsein aufgegeben haben.

Heute ist es die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei, die den Fortschritt repräsentiert. Dabei vertritt sie – im Gegensatz zu herrschenden Klassen in Ausbeutergesellschaften – mit ihren eigenen Interessen zugleich die aller Werktätigen. Der Fortschritt wird im Sozialismus – anders als in den Ausbeuterordnungen – durch die herrschende Klasse und nicht im Gegensatz zu, sondern im Bündnis mit anderen Klassen und Schichten durchgesetzt. Das hat uns christliche Demokraten an die Seite der Arbeiterklasse und ihrer Partei geführt. Viele unserer Mitglieder tragen Mitverantwortung in Regierung und Volksvertretungen, in Räten der Bezirke, Kreise und Gemeinden, in der Rechtspflege, im Bildungswesen und in vielen weiteren Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

In der aktiven Mitarbeit an dem täglichen Pensum zum sozialistischen Aufbau und zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft finden ungezählte christliche Bürger ihre ethischen Auffassungen vom Charakter einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft in beglückendem Maße bestätigt. Sie haben an sich selbst erlebt, wie sich damit ihr sozialistisches Engagement immer stärker ausprägte.

Es ist also falsch, einem Christen zu unterstellen, sein Engagement für den Sozialismus sei Opportunismus. Das ist ebenso

falsch wie die Meinung, die in kapitalistischen Ländern gegen die dort herrschenden Kräfte opponierenden Christen würden das Christentum verraten.

Falsch ist auch die Ansicht, glaubenstreue Christen müßten sich auf der Welt allen Gesellschaftsordnungen widersetzen. Und ein ebensolcher Irrtum ist es, zu behaupten, daß Christen auf jeden Fall alle Gesellschaftsordnungen, ungeachtet ihres Inhalts, mittragen müßten.

Ein fundamentaler Fehler jedoch wäre es, unseren christlichen Glauben dem Marxismus-Leninismus als gesellschaftspolitische Antikonzeption gegenüberzustellen.

Daraus aber darf nun keineswegs geschlossen werden, der Christ trage keine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Im Gegenteil, ihm ist doch aufgegeben, der Liebe Gottes durch Menschenliebe zu entsprechen.

Menschenliebe – ist das nicht Sorge dafür, daß kein Krieg den Menschen Not, Elend und Tod bringt? Menschenliebe, verlangt sie nicht, Verhältnisse zu gestalten, in denen niemand von anderen ausgebeutet und unterdrückt werden kann? Menschenliebe, fordert sie nicht gesellschaftliche Strukturen, die einem jeden die allseitige Formung seiner Persönlichkeit ermöglichen? Menschenliebe, heißt das nicht Mitmenschlichkeit statt Egoismus, Gemeinschaftssinn statt Individualismus?

Der Christ, der so für unsere entwickelte sozialistische Gesellschaft tätig wird, befindet sich damit zugleich in Übereinstimmung mit wichtigen Postulaten christlicher Ethik.

In seinem Engagement für den Sozialismus genießt er zugleich die Achtung der gesellschaftlichen Kräfte. Niemand bei uns wird von ihm verlangen, daß er dabei sein Christsein aufgibt.

Aus einem Vortrag von Werner Lamberz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, vor Führungskadern der Christlich-Demokratischen Union im Oktober vergangenen Jahres möchte ich zweierlei herausgreifen. Es hat direkten Bezug zu dem eben Gesagten. „Überhaupt“, so sagte er, „betrachten wir die Mitgliedschaft in einer Blockpartei, in einer Partei wie der Ihren, als ein bedeutendes politisches Engagement, das von der sozialistischen Gesellschaft hoch gewertet wird.“

Zugleich beschrieb er sozialistisches Bewußtsein als eine Ka-

tegorie, die sich im einzelnen Menschen nie ganz vollkommen darstellen wird und kann. „Sozialistisches Bewußtsein“, so definierte er, „existiert als einheitliches wissenschaftliches System zunächst nur – um es bildlich auszudrücken – in Form von Büchern, oder anders gesagt als kollektive Weisheit der führenden marxistisch-leninistischen Parteien. Im Kopf jedes einzelnen Menschen existiert es immer nur unvollkommen, teilweise, unfertig. Jedes Individuum eignet sich im Laufe seines ganzen Lebens mehr oder weniger viel davon, mehr oder weniger gründlich verarbeitet, an. Und dies – wie gesagt – auf recht unterschiedliche Weise je nach Herkunft, Bildung, Beruf, Lebenserfahrung.“

Für Christen wird es doch wohl insbesondere die atheistische Komponente des Marxismus-Leninismus sein, die ihr sozialistisches Bewußtsein unvollkommen lassen wird. Das hindert uns aber nicht, uns um die Aneignung und Praktizierung all der vielen anderen Inhalte der modernen Gesellschaftswissenschaft zu bemühen.

Es ist unstrittig, daß die großen Erfolge unserer sozialistischen Entwicklung zustande gekommen sind, weil die Arbeiterklasse und ihre Partei die führende Kraft in unserer Gesellschaft ist. Sie führt auf der wissenschaftlichen Grundlage des Marxismus-Leninismus. Von dieser Position her hat die SED alle Bürger unseres Landes – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und Stellung, ihrem weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis – immer wieder in das Bündnis gerufen, sie in die Mitverantwortung und die Ausübung der Macht einbezogen.

Das hat das jüngste Gespräch des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, mit den Vorsitzenden der befreundeten Parteien als Grundsatz auch für die künftige Entwicklung unterstrichen.

In allen Bereichen erweist sich also die Kontinuität der Politik der Partei der Arbeiterklasse. Das gilt ebenso für die Staatspolitik gegenüber den Kirchen und erst recht für die Gesellschaftspolitik zur Einbeziehung christlicher Bürger in die Mitverantwortung für die entwickelte sozialistische Gesellschaft.

Im Programmentwurf der SED werden die Bündnispolitik der Arbeiterklasse und ihrer Partei sowie die Gleichberechtigung

gung aller Bürger im Staat hervorgehoben. Das sollte jeder Christ in unserem Lande richtig verstehen und danach handeln.

Wir christlichen Demokraten können sagen, daß wir durch unser aktives Mittun und unsere Mitverantwortung in Beruf und Territorium einen guten Anteil an der heutigen Gestalt unserer sozialistischen Gesellschaft haben. Dabei haben wir uns zu einer Partei profiliert, in der christliche Bürger unseres Staates aus christlicher Verantwortung für das Wohl des Menschen und seiner Gemeinschaft wirken und so ihre staatsbürgerlichen Rechte wahrnehmen. Die CDU ist zu einer dem Sozialismus verpflichteten Partei geworden, die unseren sozialistischen Staat mitträgt, seine Politik mitkonzipiert, mitverantwortet und mitverwirklicht.

Wir stellen uns von dieser Erfahrung her den neuen Aufgaben in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Wir kennen diese Aufgaben, wissen um die Lösungswege und verfügen über gute Kräfte.

Wir sind uns bewußt, daß mit der Lösung dieser Aufgaben zugleich ein historischer Schritt auf dem Wege zum Kommunismus vollzogen wird. Warum auch sollten Christen hier nicht mittun?

Kommunismus — das heißt ja nichts anderes als weiterer Ausbau und schließliche Vollendung der Vorzüge einer ausbeutungsfreien Gesellschaft.

Alles, was wir am Sozialismus als Christen schätzen gelernt haben, wird sich dort weiter entwickeln.

Untugenden aus dem Kapitalismus, die in unserem Leben zuweilen auch heute noch zu finden sind, werden überwunden.

Die sozialökonomischen und kulturellen Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen industrieller und landwirtschaftlicher, zwischen körperlicher und geistiger Arbeit werden aufgehoben sein. Die Unterschiede zwischen den Klassen und Schichten werden der Vergangenheit angehören.

Der Kommunismus ist das erstrebenswerte Zukunftsziel für alle friedliebenden Menschen. Nirgends wird es noch Ausbeutung und Unterdrückung geben. Was Krieg war, wird man in der Chronik nachlesen müssen. Friede und Arbeit, Gleichheit und Brüderlichkeit, Völkerfreundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern werden die Welt bestimmen.

Wer wollte als Christ, der sich allen Menschen gleich verpflichtet sieht, da nicht zustimmen?

Und die Frage, welche Perspektiven Christen beim Übergang zum Kommunismus haben, ist eine Frage an niemand anderen als an uns Christen selber.

Was ist denn im Laufe der Geschichte an gesellschaftlichem Engagement von Christen tragfähig geworden und geblieben? Das, was dem Fortschritt nützte. Thomas Müntzer — und nicht Fürsten und ihre geistlichen Apologeten. Johann Gottfried Herder — und nicht Kleriker auf Seiten des Feudalismus. Albert Schweitzer — und nicht Missionare im Dienste des Kolonialismus. Emil Fuchs — und nicht schwarzweißrote Oberhofprediger. Und was bisher so war, warum sollte es künftig anders sein?

In erster Linie bewähren sich Christen als sozialistische Staatsbürger heute im aktiven Mittun bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und bei der bewußten Übernahme von Pflichten ihr gegenüber.

„Bewähren“, das ist ein gewichtiges Wort. Es sagt einerseits aus, daß man in der Sache, für die man tätig ist, Bescheid weiß, daß man sie vortrefflich beherrscht. Es sagt aber andererseits auch aus, daß das Tätigsein für eine Sache beständig ist. Und schließlich liegt darin auch etwas von mutigem Engagement und Entschlossenheit im Handeln. Tatsächlich gehört alles dies dazu, sich in der Situation, an einer Aufgabe, für eine Sache zu bewähren.

Alle diese Aspekte der Bewährung sind eng miteinander verbunden, ineinander verflochten und ohneinander Stückwerk.

Bewährung als sozialistischer Staatsbürger bedarf der kenntnisreichen Mitarbeit am Sozialismus. Die geschichtlich erstmalige Situation, daß die Menschen bewußte Gestalter ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse sind, statt von spontan wirkenden Gesetzmäßigkeiten beherrscht zu werden, befreit sie ja nicht nur, sondern fordert sie auch.

Aus der Kenntnis der objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten haben wir die Grunderkenntnis gewonnen, daß die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei und ihre Bündnispolitik zwei Seiten ein und derselben Sache sind. Sie bilden die soziale Grundlage dessen, was der Marxismus Diktatur des Proletariats nennt.

Mittels ihrer Führungsrolle beherrscht die Arbeiterklasse und ihre Partei die gesellschaftlichen Prozesse in unserem Lande. Mittels ihrer Bündnispolitik beteiligt sie alle werktätigen Klassen und Schichten an der Lenkung und Leitung dieser Prozesse.

Diktatur des Proletariats ist also nicht Herrschaft über werktätige Menschen, nicht Tyrannei, sondern die höchste Form der Demokratie, nämlich sozialistische Demokratie. Denn in unserem Staat der Arbeiter und Bauern herrscht die Mehrheit des Volkes. Alle Bürger haben darin Platz und Möglichkeit, mitzuarbeiten, mitzuplanen und mitzuregieren. Das hat zur immer weiteren Ausbildung der politisch-moralischen Einheit des Volkes wesentlich beigetragen.

Eine Widerspiegelung sozialistischer Demokratie ist das kameradschaftliche Zusammenwirken der SED mit den ihr befreundeten Parteien und Massenorganisationen in der Nationalen Front. Diese große Sammlungsbewegung spielte und spielt eine hervorragende Rolle bei der Gestaltung der neuen Gesellschaft. Von Anbeginn an haben wir christlichen Demokraten die Mitarbeit in ihren Organen als eine Aufgabe von hohem gesellschaftlichem Rang angesehen. Und das wird auch in Zukunft so sein.

Rund 35 000 Mitglieder der CDU und viele parteilose Christen helfen in Ausschüssen, Arbeitsgruppen und Hausgemeinschaftsleitungen mit, das ständige politische Gespräch mit anderen Bürgern in den Wohngebieten zu führen. Immer mehr von ihnen werden für die tatenreiche Mitarbeit an der Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens im Territorium gewonnen. Durch Teilnahme am „Mach-mit“-Wettbewerb tragen sie zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Territorium bei. Und wenn – um nur ein Beispiel zu nennen – in diesem Wettbewerb dieses Jahr in unserer Hauptstadt 3500 Rentnerwohnungen kostenlos für die Bewohner renoviert werden – kann uns das nicht als ein Stück praktizierter Nächstenliebe gelten?

Erfreulich ist es, daß die Wirksamkeit der Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“, wie überall, so auch in der Hauptstadt ständig zunimmt. Hier werden mit kirchlichen Amtsträgern viele gute Erfahrungen ausgetauscht. Wie ergebnisreich hat sich das auf ihr Verhältnis zur Gesellschaft ausgewirkt! Wir sind sehr daran interessiert, daß sich diese Arbeit – ein Ausdruck der Gemeinsamkeit aller gesellschaftlichen Kräfte – auf immer höherer Stufe fortsetzt.

Der Wille zur weiteren Festigung der Gemeinsamkeit aller gesellschaftlichen Kräfte zeigt sich in der Aussage im Programmtext der SED, daß die Nationale Front als sozialistische Volksbewegung einen bedeutenden Beitrag zur Annäherung der Klassen und Schichten auf dem Boden der weltanschaulichen Ideale der Arbeiterklasse leistet.

Welches sind denn diese Ideale? Sie bestehen darin, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für alle Zeiten zu beseitigen. Dafür kämpft die Arbeiterklasse um die Macht und deren Erhaltung. Es geht ihr darum, Frieden, Freiheit und Mit-

menschlichkeit für alle Glieder der Gesellschaft zu erreichen. Dafür hat sie das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln durchgesetzt.

Sie errichtet und entwickelt eine Gesellschaft, die allen ihren Gliedern gleiche Rechte gibt und gleiche Pflichten auferlegt, jedem die Möglichkeit gibt, seine Fähigkeiten und Begabungen ungehindert zu entfalten und im Dienst der Gemeinschaft zu betätigen sowie seine vielseitigen materiellen und geistigen Bedürfnisse zu befriedigen.

Wir haben den Prozeß der Entwicklung einer solchen Gesellschaft aktiv mitgestaltet. Unsere Erfahrung aus diesem Prozeß ist die, daß er Marxisten wie Christen in die Verantwortung für die Gesellschaft stellt. So sehen wir das auch weiterhin, auch für die Zukunft. Und im übrigen — auf welchem anderen Niveau als auf dem der Arbeiterklasse als dem wichtigsten Träger des politischen und gesellschaftlichen Fortschritts könnte sich denn die Zusammenarbeit der Klassen und Schichten sinnvoll vollziehen?

Die Struktur des Sozialismus als eine Struktur des Mit- und Füreinander bewirkt, daß wir unsere Pflicht als Bürger und als Christen nicht nur begreifen, sondern auch praktizieren können.

Bewährung als sozialistischer Staatsbürger bedarf der Beständigkeit. Wir brauchen nicht das schwankende Rohr im Winde. Beständigkeit verleiht einem ein fester, sozialistisch geprägter Standpunkt zu den Fragen unserer Zeit. Wer fähig ist, jedes Ereignis in Politik und Gesellschaft von einem solchen Standpunkt aus zu beurteilen und einzuordnen, wird Neues, Unerwartetes im politischen Geschehen selbständig bewältigen können.

Beständigkeit heißt, ein einmal als richtig erkanntes Ziel durch alle Fährnisse und Anfechtungen hindurch unbeirrt zu verfolgen. Wir wollen uns dabei nicht vorenthalten, daß dies oft gar nicht so einfach ist.

Der Sozialismus ist keine „heile Welt“, wie es überhaupt keine widerspruchsfreie Welt gibt. Denn Widersprüche sind Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung.

Der sozialistische Alltag steckt zudem noch voller Probleme. Menschliche Unzulänglichkeit, mancher Unverstand und gewiß auch noch etliches an Bürokratie verdecken zuweilen den Blick

auf das Wesentliche, das Eigentliche. Da heißt Beständigkeit, nicht resignieren, sondern mitarbeiten, sich für den Fortschritt mitverantwortlich fühlen.

Der Gegner verpackt seine antisozialistische Subversion, insbesondere auf ideologischem Gebiet, immer raffinierter. Es ist oft nicht leicht, hinter den volltönenden Phrasen von Pluralismus und Konvergenz, hinter den religiös bemäntelten Apologien für einen dritten Weg den Versuch zu erkennen, die politisch-moralische Einheit des Volkes auseinanderzuidividieren. Wenn schon nicht die Marxisten selbst, so sollen wenigstens ihre Bündnispartner dazu gebracht werden, dem Sozialismus abzusagen. Da heißt Beständigkeit nicht Gutgläubigkeit, sondern Wachsamkeit.

Beständigkeit für eine gute und vernünftige Sache verstehen wir christlichen Demokraten als ein Element nicht nur der Bürger-, sondern auch der Christenpflicht.

Bewährung als sozialistischer Staatsbürger bedarf des Mutes und der Entschlossenheit. Mutig und entschlossen kann man sein, wenn man seiner Sache sicher ist und sie zu überblicken vermag.

Dabei sei gar nicht einmal zuerst an jene Lage gedacht, in der sich manche von uns schon befunden haben mögen, die den Sozialismus und ihr Engagement als Christen in der Auseinandersetzung mit Gegnern und deren Angriffen zu vertreten hatten.

Vielmehr denke ich dabei an die vielen Situationen, die täglich auftreten. Wo es in der Produktion mit der Qualität, mit der Ausnützung der Arbeitszeit, mit dem Materialverbrauch so genau nicht genommen wird — soll man reden oder schweigen? Wo es mit der Ehrlichkeit im Betrieb, mit dem sozialistischen Eigentümerbewußtsein hapert — soll man reden oder schweigen? Wo eine Entscheidung gefällt wird, die herzlos in das Leben eines Bürgers eingreift, wo über berechnete Einwände gegen Entscheidungen kurzerhand hinweggegangen wird — soll man reden oder schweigen? Wo über politische und gesellschaftliche Vorgänge und Probleme falsch geurteilt wird — soll man reden oder schweigen?

In den scheinbar unbedeutenden, aber für das Ganze oft sehr wichtigen alltäglichen Dingen, im kleinen Kollektiv, mag es zuweilen nicht einfach sein, sich und andere dazu zu bringen,

liebgewordene, aber überlebte Gewohnheiten und Denkweisen abzulegen.

Aber solche Eigenschaften wie Mut und Entschlossenheit rechnen eben auch zur Bürger- und Christenpflicht gleichermaßen. Kleingläubigkeit und Verzagtheit sind weder sozialistische noch christliche Tugenden. Deshalb soll man nicht schweigen, sondern reden, um dem Fortschritt den Weg zu bahnen, und im Denken und Handeln das Neue durchsetzen.

Bewährungsfelder für die Tat zur Stärkung des Sozialismus sind die Arbeit im Betrieb ebenso wie die ehrenamtliche gesellschaftliche Wirksamkeit im Territorium, in der Nationalen Front oder in anderen gesellschaftlichen Organisationen und Gremien.

Doch es wäre unsozialistisch und gewiß auch wenig christlich, es damit genug sein zu lassen, daß man selbst sich auf diesen Feldern bewährt. Vielmehr geht es darum, die Christen an unserer Seite zu Taten für die allseitige Stärkung der DDR zu gewinnen. Das ist ein ganz wichtiges Kriterium für den Erfolg unserer politischen Arbeit.

Bewährungsfelder gibt es nicht nur für uns, sondern auch für unsere Kinder.

Als Eltern sollten wir unsere Kinder in enger Zusammenarbeit mit der Schule befähigen und ermutigen, sich zu guten sozialistischen Staatsbürgern zu entwickeln.

Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß die sozialistische Schule dafür die notwendigen wissensmäßigen Voraussetzungen schafft.

Gewiß ist sie keine „christliche“ Schule. In der Folge der konsequenten Trennung von Staat und Kirche – einer Trennung, die auch und gerade im Interesse von Kirchen und Christen liegt – sind und bleiben religiöse Unterweisung und christliche Erziehung der Kinder Sache der Kirchen beziehungsweise der Eltern.

Nach wie vor meinen wir aber, daß sich in dieser Feststellung die Haltung christlicher Eltern zur sozialistischen Schule wahrlich nicht erschöpfen kann:

Erstens, weil die Schule in unserem Staat aufgrund ihres sozialistischen Charakters, ihrer Staatlichkeit, Einheitlichkeit und Wissenschaftlichkeit solche Bildungs- und Erziehungsergebnisse erstrebt, die alle Kinder – unabhängig von sozialer Her-

kunft und von weltanschaulicher oder religiöser Haltung der Eltern – in die Lage versetzen, ihr persönliches Leben sinnvoll zu gestalten und als sozialistische Staatsbürger von morgen erfolgreich an der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und an der Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus mitzuwirken.

Zweitens, weil alle Errungenschaften des sozialistischen Bildungswesens voll und ganz auch christlichen Kindern zugute kommen: sein hohes wissenschaftliches Niveau, der humanistische Gehalt von Bildung und Erziehung, die Gleichrangigkeit von Stadt- und Landschulen, die systematische Förderung aller Talente und Begabungen, gesicherte Lehrstellen und moderne Berufsausbildung, die Tatsache, daß den Kindern überall bei sinnvoller und anregender Freizeitgestaltung geholfen wird und daß sie selbst durch ihre Kinder- und Jugendorganisation ihr Leben demokratisch mitgestalten können. Das alles betrifft und umschließt auch christliche Kinder und fordert die Unterstützung durch ihre Eltern heraus.

Drittens, weil sich schließlich zeigt, daß die sozialistische Bildung und Erziehung an den Schulen Kinder christlicher Eltern nicht nötigt, ihren Glauben aufzugeben, und das Recht der Eltern, sie christlich zu erziehen, gewahrt bleibt.

Ich bin gewiß, daß dies auch in Zukunft so sein wird. In den Darlegungen des Programmentwurfs der SED zum Bildungswesen werden die Maßstäbe gesetzt, die angesichts der wachsenden Anforderungen an Wissen, Können und Bildung eines jeden Mitglieds unserer Gesellschaft erforderlich sind.

Ich sehe in den entsprechenden Formulierungen des Entwurfs das Bestreben, unsere bewährte sozialistische Schule so zu gestalten, daß sie die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung von Natur und Gesellschaft stets gemäß dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis vermitteln kann. Von einer Absicht, die sozialistische Schule in eine Art atheistische Bekenntnisschule umfunktionieren zu wollen, habe ich im Programm-entwurf nichts feststellen können.

Ich finde die im Entwurf enthaltenen Festlegungen zum Bildungswesen in voller Übereinstimmung mit der Position fortschrittlicher christlicher Eltern, die in ihrer täglichen Arbeit als sozialistische Werktätige handeln.

Was nun die Gewinnung weiterer christlicher Bürger zu

einem tatkräftigen Engagement für den Sozialismus betrifft, so sollten wir zweierlei nicht aus dem Auge verlieren:

Wenn wir unsere Mitchristen in ihrer Bewährung als sozialistische Staatsbürger bestärken wollen, so werden wir einerseits schon ein wohlbestelltes Feld vorfinden. Denn alle diese Bürger sind von der gemeinsamen Erfahrung des mehr als dreißigjährigen Aufbaus unseres Staates und unserer Gesellschaft geformt. Sie nehmen teil an der Wettbewerbsbewegung in Betrieb und Territorium. Sie beteiligen sich an der großen Volksgesprache zum IX. Parteitag der SED. Und sie sind dabei, wenn es um Solidarität für Vietnam, für Chile, für andere Opfer des Imperialismus geht. Darin sind einbezogen Arbeiter und Angehörige der Intelligenz, Handwerker und Gewerbetreibende. Und darin sind einbezogen Christen wie Nichtchristen.

Andererseits sollten wir aber immer wieder bedenken, daß jeder, den wir ansprechen und gewinnen wollen, seinen ganz persönlichen Erfahrungs- und Erlebniskreis hat.

Gerade die Jüngeren unter uns sollten wir immer wieder damit vertraut machen, daß die Entscheidungen des einzelnen im gesellschaftlichen Raum von vielfältigen, unterschiedlichen, ja manchmal auch konträren Einflüssen gesteuert werden. Jeder wird bei der Betrachtung seiner eigenen ersten Schritte in die neue Gesellschaft bestätigen, daß da nicht nur fortschrittliche, sondern auch überlebte gesellschaftliche Auffassungen eine Rolle spielten, daß progressive christliche Traditionen, aber auch rückschrittliche, ja, antikommunistische Vorurteile einwirkten. Bestimmte Frömmigkeitsmodelle und kirchliche Praxis führten den einen zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung, der andere wieder motivierte von daher seine Zurückhaltung solcher Verantwortung gegenüber. Vielen von uns hat der Mensch neben uns, oft der überzeugte Marxist, auf dem Weg in den Sozialismus geholfen. Andere wieder fanden diesen Weg nicht so leicht. Nicht wenige mußten erleben, daß sie wegen ihres Engagements in ihrer gewohnten kirchlichen Umwelt zunächst isoliert wurden. Wir haben altbewährte Freunde unter uns, denen humanistische Leitlinien christlicher Ethik erste Anstöße zu ihrem Eintreten für die Sache des Sozialismus gaben. Wir wissen von anderen, die durch ihre aktive Tat, durch ihr tägliches Handeln vom Wesen der sozialistischen

Ordnung ergriffen wurden und die von daher zu der Überzeugung gelangten, daß sie, indem sie ihre Bürgerpflicht tun, letzten Endes in Übereinstimmung mit christlich gebotenen Dienst am Frieden und am Nächsten kamen.

Wir wissen uns in dieser Vielfalt der Problematik, der Beweggründe und auslösenden Faktoren gesellschaftlichen Engagements von unseren marxistischen Freunden voll verstanden. „Ein junger Ingenieur“, so sagte Werner Lamberz in seiner schon erwähnten Rede, „der aus einer gläubigen Familie stammt und selbst der Kirche verbunden ist, hat sich manche andere Frage zu beantworten als sein Kollege, der von Kindheit an atheistisch erzogen wurde, auch wenn beide gemeinsam die Schule, die FDJ, das Studium durchlaufen haben.“

Diese ganze Vielschichtigkeit gilt es nach wie vor zu berücksichtigen, wenn wir christliche Mitbürger für den Sozialismus gewinnen und sie in solcher Haltung bestärken wollen. Nach wie vor muß es uns darum gehen, einen jeden dort abzuholen, wo er sich bewußtseinsmäßig befindet.

Auch in kirchlichen Kreisen vollzieht sich, und das ist erfreulich, ein Übergang von Überständigem auf das Neue.

Dafür sei ein Ausspruch Bischof Schönherr's auf der Bundessynode Potsdam-Hermannswerder als Beleg angeführt. Er sagte:

„Wir haben gelernt, daß Nächstenliebe die Verantwortung für das Ganze der eigenen Gesellschaft und der Welt einschließt.

Christen sind durch ihren Herrn in die gesellschaftliche Ordnung hineingestellt, in der sie leben. Sie arbeiten an der Gestaltung dieser Ordnung aus der Freiheit ihres Glaubens mit. Viele Christen sehen in der sozialistischen Ordnung die Möglichkeit, eine bessere Gerechtigkeit zu verwirklichen... Darum bemühen sich Christen, an ihrem Ort für Frieden, Gerechtigkeit, Befreiung und Wohlstand einzutreten.“

Immer mehr kirchliche Tagungen und Veranstaltungen aller Glaubensgemeinschaften gibt es, wo gesellschaftliche Mitverantwortung des christlichen Bürgers nicht nur bejaht, sondern wo zu ihrer Praktizierung ermutigt wird.

Es ist unsere Erfahrung, daß die Aktivität vieler Glieder von Kirchengemeinden wächst, daß sie sich immer bewußter und intensiver für die Gestaltung unserer Gesellschaft einsetzen. Viele von ihnen tragen dazu bei, vom eigenen Beispiel her zu zeigen,

welch große Möglichkeiten ein jeder dazu hat. Zielstrebig arbeiten sie in Ausschüssen und Arbeitsgruppen der Nationalen Front mit und leisten wertvolle Überzeugungsarbeit in zahlreichen Gesprächen mit Gemeindegemeinderäten und Kirchengemeindevorständen.

Sicher werden sie auch weiterhin mithelfen,

- offene politisch-ideologische Fragen bei anderen Mitgliedern kirchlicher Gremien, bei Pfarrern und weiteren kirchlichen Mitarbeitern zu beantworten;
- noch mehr Glieder der Kirchengemeinden zur Teilnahme an den vielfältigen Formen der gesellschaftlichen Arbeit der Nationalen Front zu gewinnen;
- andere zu gewinnen, durch Beteiligung am sozialistischen Wettbewerb in den Betrieben und am Wettbewerb „Schöner unsere Hauptstadt — Mach mit!“ dem Ganzen, dem Nächsten und sich selbst zu dienen.

Wir sind gewiß, daß dazu von ihnen allen immer neue Impulse ausgehen werden.

